

Ressort: Politik

Mißfelder sieht deutliche Versäumnisse in deutscher Türkei-Politik

Berlin, 11.06.2013, 10:39 Uhr

GDN - Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, hat angesichts der aktuellen Bilder aus der Türkei selbstkritisch eingeräumt, dass seine Partei und die Bundesregierung in den vergangenen Jahren zu wenig Einfluss auf die Politik des Landes genommen hätten. "Wir haben es versäumt, die von uns bevorzugte privilegierte Partnerschaft mit der Türkei in Europa mit Leben zu füllen. Das war ein Fehler, das haben wir nicht geschafft. Wir hätten der Türkei so viele gute Angebote machen müssen, dass sie sich an anderer Stelle auch genötigt gefühlt hätte, umzudenken", erklärte Mißfelder im Sender Phoenix.

So sei die Forcierung wirtschaftlicher Zusammenarbeit durchaus möglich gewesen bei gleichzeitiger Forderung nach religiöser Freiheit. "Ich hätte es für unproblematisch gehalten, die Türkei in eine europäische Freihandelszone voll zu integrieren", so der Christdemokrat weiter. Derzeit sehe er jedoch geringe Chancen, mit der türkischen Regierung zeitnah in neue Gespräche über die europäische Zukunft zu kommen. "Dieser Zug ist erst einmal abgefahren, denn innenpolitisch eskaliert es derzeit und das kann auch Auswirkungen auf die Außenpolitik haben", glaubte Mißfelder. Allerdings stehe für ihn auch fest, dass der Gesprächsfaden rasch wieder aufgenommen werden müsse. "Europa braucht die Türkei, wir brauchen das Land als Mittler." Der erste Parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, sah den aktuellen Protest vieler türkischer Bürger als den Ruf nach demokratischeren Strukturen am Bosphorus. "Da gehen Menschen auf die Straße, deren Herz für traditionelle europäische Werte schlägt. Die Bürger haben das Gefühl, dass sie überhaupt nicht mehr gefragt werden", so Beck. Keinesfalls dürfe man jetzt in Europa der Türkei die europäische Perspektive verschließen. "Wir wollen die Tür für die Türkei offenhalten." Voraussetzung sei jedoch die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung der Religionsfreiheit.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-15579/missfelder-sieht-deutliche-versaemnisse-in-deutscher-tuerkei-politik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com